

## OFFENER BRIEF AN DIE SALZBURGER LANDESREGIERUNG

---

Heinz Schoibl  
Helix – Forschung und Beratung  
5020 Salzburg, Franz Josef-Str. 3/3

### **Betreff: Sozialhilfe neu, GZ 104/ME XXVI GP, gefährdet soziale Sicherheit**

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann Wilfried Haslauer,  
geschätzte Landesrätinnen und Landesräte!

Die türkis-blaue Koalition ist vor genau einem Jahr mit der zentralen Ansage angetreten, Österreich aus dem Stillstand der vergangenen Jahrzehnte zu befreien und von Grunde auf zu verändern. Die im vergangenen Jahr verabschiedeten Gesetze, die von der Regierung eingesetzten Methoden der Umsetzung ihrer Absichten sowie aktuell angekündigte und vor der Entscheidung stehende Maßnahmen lassen sich im Wesentlichen mit zwei Eckpfeilern charakterisieren – als „meritokratische und antimigrantische neue Gerechtigkeit“ (Isolde Charim, Wiener Zeitung vom 30.11.2018).

Während die antimigrantische Konstante in einer abwertenden und diskriminierenden Sprache in allen Migrant\*innen und insbesondere Menschen mit Fluchthintergrund betreffenden Angelegenheiten (Kopftuch, Deutschkenntnisse etc.) zum Ausdruck kommt und in der forcierten Abschiebung von Asylwerber\*innen mit negativem Bescheid (das betrifft gleichermaßen gut integrierte Familien als auch junge Asylwerber\*innen trotz guter Integration und Ausbildung zu Lehrlingen in einem Mangelberuf) gipfelt, hat die meritokratische Ausrichtung in sozial- und arbeitsmarktpolitischen Aufgabenbereichen zu forciertem Sozialabbau geführt. In dem vorliegenden Grundsatzgesetz zur bundesweit einheitlichen (?) Regelung der Sozialhilfe verknüpfen sich antimigrantische und meritokratische Orientierungen zu einem geballten Angriff auf die Grundpfeiler des Systems sozialer Sicherheit, den ich aus tiefster Überzeugung ablehne. Im Anhang finden Sie meine detaillierten Einwände gegen ein Gesetzesvorhaben, das den Bedarf nach einer systematischen Weiterentwicklungen der im Bundesland Salzburg realisierten Vorkehrungen zum Schutz vor Armut, Ausgrenzung und Wohnungslosigkeit schlicht ignoriert und für viele Menschen, die auf solidarische Unterstützung angewiesen sind, eine massive Verschlechterung von Lebensqualität und sozialer Teilhabe darstellt.

Im Interesse vieler Salzburger\*innen ersuche ich Sie, Ihren Einfluss auf die Bundesregierung geltend zu machen, von diesem Gesetzesvorhaben, das in vielerlei Hinsicht einem Kahlschlag gleichkommt, Abstand zu nehmen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und verbleibe mit den besten Grüßen

Heinz Schoibl